

Machtvolles Zeichen gegen Pegida

In Deutschland verurteilen hunderttausend Demonstranten Islamfeindlichkeit und trauern um Pariser Terroropfer

Ein unübersehbares Zeichen gegen die islamfeindliche Pegida-Bewegung – und gegen den blutigen Terror in Frankreich: Insgesamt etwa hunderttausend Menschen trugen in mehreren deutschen Städten ihren bunten Protest auf die Straße.

VON PETER MLODOCH, JOHANNA TYRELL UND JOHANNES NITSCHMANN

Hannover-Hamburg-Dresden. Starker Protest gegen Pegida: In mehreren großen Städten sind gestern Abend Zehntausende gegen die Anti-Islam-Bewegung auf die Straße gegangen. Sie gedachten auch der Opfer der Terroranschläge in Paris. Rund 17 000 Menschen versammelten nach Angaben der Polizei in und rund um die Marktkirche in Hannover. Gemeinsam mit Altkanzler Gerhard Schröder (SPD), Landtagspräsident Bernd Busemann, (CDU), Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) setzten sie damit ein buntes Zeichen für Toleranz und gegen Rassismus.

Der hannoverscher Pegida-Ableger Hagida versuchte derweil am Steintorplatz, sich mit 150 bis 200 Anhängern und einem krächzenden Megafon Gehör zu verschaffen – vergeblich. Etwa 2500 Gegendemonstranten aus dem Antifa-Lager skandierten lauthals dagegen und blockierten den geplanten Protestzug der Islam-Gegner. Nach zunächst verbalen Scharmützeln und Pöbeleien flogen aus den Linken-Reihen Böller und Eier sowohl auf die Hagida-Leute als auch auf Beamte. Es kam zu Rangeleien, bevor die Polizei mit Reiterstaffeln und Pfefferspray die Kontrahenten trennte. Den geplanten Schweigemarsch zum Opernplatz bliesen die Hagida-Organisationen unter dem großen Jubel der linken Gegendemonstranten schließlich ab.

Regierungschef Weil wertete die hohe Beteiligung an der Gegendemonstration als ermutigendes Zeichen dafür, dass die große Mehrheit der Menschen nicht in einer Gesellschaft leben wolle, die die Augen vor der Not der Flüchtlinge verschließe. Landtagspräsident Busemann erklärte, „wir können nicht die führende Handelsnation der Welt sein wollen und offene Grenzen weltweit fordern – und auf der menschlichen Ebene als Ausgrenzer versagen.“

In Hamburg versammelten sich mehr als 4000 Menschen in der Innenstadt, um um die Pariser Terroropfer zu trauern und für ein friedliches Miteinander zu demonstrieren. Vertreter muslimischer Religionsgemeinschaften wiesen eindringlich darauf

hin, dass die Attentäter nicht mit der überwiegenden Mehrheit der Muslime gleichzusetzen seien. „Das sind Banditen, Mörder und Terroristen und für mich geistig verwandt mit den Tätern der NSU-Morde“, sagte Mustafa Yoldas, Vorsitzender des Rates der islamischen Gemeinden (Schura). Islamisten repräsentierten nicht die Muslime sondern seien ein Schande.

In Leipzig stellten sich rund 30 000 Menschen dem Aufmarsch des Pegida-Ablegers Legida mit 4800 Teilnehmern entgegen. Im Vorfeld hatte die Stadt Leipzig das umstrittene Verbot von Mohammed-Karikaturen auf der Demonstration wieder aufgehoben. „Die Meinungsfreiheit ist ein sehr hohes Gut, und vor dem Hintergrund der Anschläge von Paris kann sie nicht hoch genug eingeordnet werden“, erklärte Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Die Auflage sei an dieser Stelle zu weit gegangen.

In München nahmen rund 20 000 Menschen an einer Demonstration unter dem Motto „München ist bunt“ teil. In Berlin protestierten 4000 Menschen gegen Pegida. Sie zogen vom Bundeskanzleramt zum Brandenburger Tor. Auf Transparenten stand mit Bezug auf die Terroranschläge von Paris und die deutsche Pegida-Bewegung: „Wir sind Charlie. Wir sind nicht Pegida.“ Auf der anderen Seite des Berliner Wahrzeichens versammelten sich etwa 400 Anhänger des Berliner Pegida-Ablegers Bärigida. Die Polizei hielt beide Gruppen mit einem Großaufgebot an Einsatzkräften voneinander getrennt.

In Dresden hat Pegida weiter Zulauf. Nach Angaben der Polizei beteiligten etwa 25 000 Menschen an dem zwölften sogenannten Abendspaziergang, um gegen eine angebliche Überfremdung zu demonstrieren. Mehr als 7000 Menschen protestierten gegen Pegida. Zu größeren Zwischenfällen oder Festnahmen sei es nicht gekommen, sagte ein Polizeisprecher.

Unterdessen hat der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel angekündigt, er wolle sich über ein Gerichtsurteil hinwegsetzen und aus seinem Amt heraus auch weiterhin gegen Pegida Stellung beziehen. Geisel erklärte, es müsse ihm als Amtsträger möglich sein, öffentlich für die Werte Toleranz, Humanität und Vielfalt einzutreten. Zugleich legte der SPD-Politiker Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf ein, das ihm als Amtsträger Äußerungen und Maßnahmen gegen Pegida untersagt hatte.



Nie war der Widerstand gegen Pegida so groß wie gestern Abend. Diese Münchener Demonstranten zeigen ihren Protest gegen Islamfeindlichkeit und trauern um die Terroropfer. FOTO: ACTION PRESS

Organentnahme: Frau war tot

Bremerhaven (hi). Im Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide hat es den Fall einer Frau gegeben, die für tot erklärt worden war, bei der aber trotzdem die Operation zur geplanten Organentnahme abgebrochen werden musste, weil es spät Zweifel darüber gab, ob die Patientin tatsächlich das Stadium des Hirntods erreicht hatte. Mittlerweile kümmert sich eine Überwachungskommission der Bundesärztekammer um den bundesweit beachteten Vorgang. Bei ihren bisherigen Untersuchungen sei sie zu dem Ergebnis gekommen, dass die Frau vor der OP zweifelsfrei tot war, teilte die Kommission mit. Es seien aber Unzulänglichkeiten bei der Dokumentation festgestellt worden, die zu Unsicherheiten bei den Beteiligten und schließlich zum Abbruch der Organentnahme geführt hätten. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 7**

Viele Reiche im armen Bremen

Bremen (hi). An diesem Dienstag stellt der Bremer Senat zum zweiten Mal nach sechs Jahren einen Armuts- und Reichtumsbericht vor. Schwerpunkt ist die materiell prekäre Lage vieler Menschen in der Stadt. Doch so wie es Arme gibt, gibt es in Bremen auch Reiche, und nicht wenige davon. Das Bundesland mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung ist ein Hort von Millionären und Menschen, die auf dem Weg dorthin sind, weil sie über ein sehr hohes Einkommen verfügen. Nach neuen Zahlen der Bremer Arbeitnehmerkammer gab es in den Jahren zwischen 2004 und 2007 bei den höchsten Gehältern einen Anstieg von durchschnittlich 88 Prozent. Eklatant auch der Anstieg bei den Einnahmen aus Vermögen. Hier lag Bremen zwischen 2005 und 2011 so gut wie kein anderes Bundesland. **Bericht Seite 9**

Präses: Politiker meiden Themen

Bremen (bem). Handelskammer-Präsident Christoph Weiss hat die Bremer Politik dazu aufgefordert, mehr Verantwortung für die gegenwärtige Situation im Land zu übernehmen. „Häufig sehen wir die politische Diskussion ins alltägliche und provinzielle Kleinklein verstrickt“, sagte er gestern Abend in einer Grundsatzrede vor der traditionsreichen Januargesellschaft der Wittven- und Statutenkasse der Handelskammer. Das Meiden großer Themen habe zu einer erheblichen Anhäufung der Probleme geführt. Als ein Beispiel nannte der Präses die in den vergangenen Jahren gestiegenen Personalkosten in der Verwaltung. Zudem forderte Weiss erneut eine eindeutige Richtlinienkompetenz des Präsidenten des Senats, also des Bürgermeisters. „Konsolidierung braucht Führung“, begründete er. **Bericht Seite 13**

Werder sieht Stadt in der Pflicht

Belek. Die Stadt Bremen soll den Hochwasserschutz für das Weserstadion bezahlen – so sieht es Werders Präsident Hubertus Hess-Grünwald. „Das Stadion gehört der Stadt, der Eigentümer muss es sichern“, sagt er. Zuletzt war eine Beteiligung des Bundesligisten vorgesehen: Die Bremer Weserstadion GmbH (BWS), die zu je 50 Prozent aus der Wirtschaftsförderung Bremen und Werder Bremen besteht, soll rund zwei Drittel der Kosten für den neuen Objektschutz tragen. Nun verweist Hess-Grünwald darauf, dass die BWS „keine Eigentums-Gesellschaft, sondern eine Betreiber-Gesellschaft“ sei. Die Kosten dürften „nicht dem Mieter aufgebürdet“ werden. Er weiß sich der grundsätzlichen Zustimmung der Stadt sicher. Geklärt werden muss noch die Finanzierung. **Seiten 8 und 19**

„Islam gehört zu Deutschland“

Merkel trifft türkischen Premier

Berlin. Nach den Anschlägen von Paris hat der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu davor gewarnt, den Islam generell mit Terrorismus in Verbindung zu bringen. Die Türkei habe bei der Mordserie des NSU in Deutschland auch „nie von irgendwelchen christlichen Terroristen“ gesprochen, sagte der Premier gestern bei seinem ersten Besuch in Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) betonte, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Sie teile die Ansicht, die der damalige Bundespräsident Christian Wulff 2010 geäußert hatte. „Ich bin die Bundeskanzlerin aller Deutschen. Das schließt alle, die hier dauerhaft leben, mit ein, egal welchen Ursprungs und welcher Herkunft sie sind.“

Davutoglu bat Deutschland um mehr Unterstützung für einen EU-Beitritt seines Landes. Er begründete dies auch damit, dass eine anti-islamischen Stimmung entgegengekehrt werden müsse. Merkel steht einer Vollmitgliedschaft der Türkei jedoch weiterhin skeptisch gegenüber. Beide vereinbarten, dass es wegen der breiten Palette an Themen künftig regelmäßige deutsch-türkische Regierungskonsultationen geben soll. Am Abend sprach der türkische Premier vor Tausenden Landsleuten im Berliner Tempodrom. **Bericht Seite 3**

Frankreich mobilisiert 10 000 Soldaten

Nach Anschlagsserie weiter höchste Terrorwarnstufe / Schutz für jüdische Einrichtungen

VON BIRGIT HOLZER

Paris. Nach dem beispiellosen Gedenkmarsch am Sonntag, der in ganz Frankreich mehr als 3,7 Millionen Menschen mobilisiert hat, versucht sich das Land zu ordnen. Noch immer steht es unter dem Eindruck der Anschläge auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ und einen koscheren Supermarkt in Paris mit insgesamt 20 Toten, darunter die drei Attentäter Chérif und Saïd Kouachi und Amedy Coulibaly. Der „Geist des 11. Januar“ solle weiter bestehen bleiben, betonte Premierminister Manuel Valls.

Was aber ebenfalls bleibt, ist die Gefahr weiterer Attentate. Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian kündigte an, 10 000 Soldaten zum Schutz der Bevölkerung und „sensibler Punkte“ abzustellen. Zum ersten Mal würden die Kräfte des Landes in diesem Umfang mobilisiert. Weiterhin gilt die oberste Terrorwarnstufe. Innenminister Bernard Cazeneuve erklärte, 4700 Personen für den Schutz von 717 jüdischen Schulen und Einrichtungen einzusetzen. Gestern gedachte der israelische Mi-

nisterpräsident Benjamin Netanjahu der vier jüdischen Todesopfer vor dem koscheren Geschäft, in dem sie am Freitag um Attentäter Coulibaly erschossen wurden. Neuen Hinweisen zufolge ist dieser auch für eine Autobombe verantwortlich, die einen Tag zuvor explodierte, aber keine Verletzten forderte.

Noch scheint unklar, inwiefern sich die drei Täter für ihre Terroraktionen abgestimmt hatten. Zudem wird nicht nur wei-

ter nach Coulibalys Lebensgefährtin Hayat Boumeddiene gefahndet, die vor den Attentaten nach Syrien ausgereist ist, sondern auch nach einem möglichen Komplizen, der am Sonntag Coulibalys Bekennervideo des ins Internet stellte. „Die Jagd geht weiter“, sagte Regierungschef Valls.

Zugleich wächst die Kritik an Mängeln bei der Verfolgung der Attentäter: Coulibaly pflegte seit seiner Entlassung aus der Haft im März 2014 wohl Kontakte zu anderen Islamisten; die Überwachung der Kouachi-Brüder war einige Monate vor ihrem Anschlag gestoppt worden. Der frühere Leiter des französischen Innegeheimdienstes, Bernard Squarcini, sprach von „Schwachstellen im System“.

Nach einer Krisensitzung im Elysée-Palast kündigte Premier Valls schärfere Gesetze im Anti-Terror-Kampf an. Diese sehen ein Ausreiseverbot für Franzosen, die des Dschihad verdächtigt werden, vor sowie die Blockade einschlägiger Internetseiten. Angedacht sei zudem die Isolierung islamistischer Häftlinge und eine verbesserte telefonische Überwachung. **Standpunkte Seite 2- Thema Seite 3**



Unverändert brisante Sicherheitslage: Polizisten überwachen das jüdische Marais-Viertel in Paris. FOTO: AFP

INHALT

Bildung & Wissen	24
Familienanzeigen	11
Fernsehen	17
Lesermeinung	15
Rätsel & Roman	22
Verbraucher	16

H 7166 • 28189 BREMEN



VERMISCHTES

Der Kiez-Polizist wird 60

Hamburg. In seiner Paraderolle als Kiez-Polizist Dirk Matthies ist Jan Fedder seit Jahren das Gesicht der ARD-Vorabendserie „Großstadtrevier“. Das Hamburger Original ist in seiner Art als Serienheld ebenso unverwechselbar wie als Charakterdarsteller. Norddeutsche Typen sind dabei sein Markenzeichen; insgesamt hat er in mehr als 400 Produktionen mitgespielt. Morgen feiert er seinen 60. Geburtstag. **Seite 6**



KULTUR

Drei Golden Globes für Linklater

Los Angeles. Überraschung bei der Verleihung der Golden Globes: Richard Linklaters Langzeitstudie „Boyhood“ wurde mit drei Auszeichnungen geehrt, darunter die für das beste Filmdrama und den besten Regisseur. Bei den TV-Preisen zeichnete die Jury auch Serien aus, die für Streaming-Dienste produziert wurden – Premiere in der Geschichte der Globes, die als wichtiges Oscar-Barometer gelten. **Seiten 2 und 18**



SPORT

Ronaldo ist Weltfußballer 2015

Zürich. Cristiano Ronaldo ist zum dritten Mal nach 2008 und 2013 Weltfußballer des Jahres. Der portugiesische Torjäger von Champions-League-Sieger Real Madrid setzte sich bei der FIFA-Abstimmung vor Lionel Messi und Weltmeister-Torwart Manuel Neuer durch. Zu Welttrainern wurde zwei Deutsche gewählt: Bundestrainer Joachim Löw (Männer) und der Wolfsburger Ralf Kellermann (Frauen). **Seite 20**



WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
9°	4°	80%

Regnerisch und stürmisch
Ein Tief zieht nach Benelux und bringt Mitteleuropa neue Regenwolken, Sturmböen und auf den Höhen Orkanböen.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell